

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Georg Brunnhuber, Renate Blank, Klaus Brähmig, Gitta Connemann, Hubert Deittert, Enak Ferlemann, Ingrid Fischbach, Peter Götz, Bernd Heynemann, Klaus Hofbauer, Jürgen Klimke, Norbert Königshofen, Werner Kuhn (Zingst), Barbara Lanzinger, Eduard Lintner, Laurenz Meyer (Hamm), Klaus Minkel, Marlene Mortler, Henry Nitzsche, Günter Nooke, Kurt J. Rossmanith, Anita Schäfer (Saalstadt), Wilhelm Josef Sebastian, Gero Storjohann, Lena Strothmann, Edeltraut Töpfer, Volkmar Uwe Vogel, Gerhard Wächter und der Fraktion der CDU/CSU

Radverkehr fördern – Fortschrittsbericht vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Trotz zahlreicher parlamentarischer Initiativen in dieser Wahlperiode ist erkennbar geworden, dass die Potentiale und Einsatzmöglichkeiten des Fahrrades bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind.

Konsequenzen aus dieser Erkenntnis werden von der Bundesregierung jedoch nur sehr zögerlich gezogen. Mit dem im April 2002 beschlossenen Nationalen Radverkehrsplan (NRVP) ist die Voraussetzung für neue Wege in der Fahrradpolitik geschaffen worden. Seitdem sind allerdings mehr als zwei Jahre ohne konkrete Umsetzungsmaßnahmen vergangen. Durch das Aufschieben der Vorlage des Fortschrittsberichtes zum NRVP und des „Zweiten Berichts über die Situation des Fahrradverkehrs in Deutschland“ bis zum Frühjahr 2006 entzieht sich die Bundesregierung der Kontrolle und der Verantwortung auch in diesem Bereich der Verkehrspolitik. Erst im Mai dieses Jahres wurde zögerlich signalisiert, der langjährigen Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) nach einer eigenen Steuerungsgruppe „Fahrradverkehr“ im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) nachzukommen, ergänzt mit dem Hinweis, die Schaffung haushaltsrechtlicher Voraussetzungen für die Vergabe von Mitteln für den Fahrradverkehr sicherzustellen. Trotzdem überwiegen weiter die Umsetzungsdefizite in Kernbereichen des NRVP. So sieht der ADFC in konkreten Punkten eher Rückschritte und eine Behinderung seiner Arbeit im Sinne des Nationalen Radverkehrsplans.

Auch für die Öffentlichkeit ist eine klare Handlungsmaxime in der Fahrradpolitik nicht erkennbar. Die verstärkte Berichterstattung in den Medien und zunehmende Nachfragen von Bürgern belegen, dass über die derzeitige Radverkehrspolitik der Bundesregierung teilweise völlige Unklarheit herrscht.

Nach wie vor versucht der Bund, Aufgaben der Bundesebene an die Länder, Kommunen und Verbände zu delegieren. In einer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zum Thema „Fahrradpolitik der Bundesregierung“ beurteilt die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit den Bundesländern als zunehmend positiv. Diese Einschätzung wird vom Bund-Länder-Arbeitskreis Radverkehr (BLAK) und den eingerichteten Unterarbeitskreisen nicht geteilt. Hier hat man deutlich die zögerliche Arbeit des BMVBW kritisiert; ob zu Recht oder Unrecht muss geklärt werden.

Seit Jahren wird mit der Deutschen Bahn AG über die Fahrradmitnahme im Bahn-Fernverkehr – ohne Erfolg – verhandelt und die Bundesregierung verweist immer wieder auf die privatwirtschaftlichen Strukturen der Deutschen Bahn AG. Es sind daher neue Initiativen zur Sicherstellung der Fahrradmitnahme im Bahnverkehr zu prüfen, um die Erreichbarkeit deutscher Ferienregionen im Fernverkehr für Radtouristen deutlich zu verbessern.

Von einer ursprünglich im NRVP angestrebten institutionellen Förderung des ADFC ist man derzeit weit entfernt. Trotz einer Einigung zu einer projektbezogenen Förderung, wurden die vom ADFC beantragten und vom BMVBW zunächst bewilligten finanziellen Zusagen für eine Aktivenförderung zur Umsetzung des NRVP vor Ort bisher abgelehnt. Gegenüber der Zeit vor dem Nationalen Radverkehrsplan und dem Bundestagsbeschluss zur Fahrradförderung wurden damit die Zuschüsse des BMVBW für den ADFC drastisch gekürzt, obwohl die Arbeitsanforderungen an diese Organisation ständig zunehmen. Für seine sachkundige und wirkungsvolle verkehrspolitische Arbeit zur Umsetzung des NRVP müssen der ADFC und eventuell weitere Umsetzungsträger mit berechenbaren und angemessenen finanziellen Mitteln ausgestattet sein.

Statistische Erhebungen und wissenschaftliche Studien wie die Veröffentlichung des Berichts „Mobilität in Deutschland – Fahrradverkehr“ sind zu begrüßen und bilden die Entscheidungsgrundlage für eine effiziente Fahrradpolitik. Von einer aktiven Rolle der Bundesregierung bei der Förderung des Radverkehrs kann trotz dieser Bemühungen nicht die Rede sein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Fortschrittsbericht zum Nationalen Radverkehrsplan unverzüglich vorzulegen;
2. sicherzustellen, dass die neu gebildete Arbeitseinheit „Fahrradverkehr“ zu einer schlagkräftigen Steuerungsgruppe zur Umsetzung des NRVP ausgebaut wird;
3. zu prüfen, ob die Beförderungspflicht von Personen und Reisegepäck, die im Allgemeinen Eisenbahngesetz (§ 10) und in der Eisenbahn-Verkehrsordnung (§ 16) geregelt ist, auf Fahrräder ausgedehnt werden kann und den Deutschen Bundestag über die Ergebnisse der Prüfung zu unterrichten;
4. die für den Radwegebau an Bundes- und Wasserstraßen bereitgestellten Mittel auch in Zukunft aufrechtzuerhalten;
5. die notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung des NRVP gegen Einsparungen an anderer Stelle zur Verfügung zu stellen;
6. die Kooperationsbereitschaft des BMVBW im Umgang mit den Bund-Länder-Arbeitskreisen sicherzustellen;
7. das bestehende Konzept für eine fahrradtouristische Koordinierungsstelle endlich umzusetzen;
8. den Druck und die anschließende Verbreitung einer Deutschlandkarte mit Fernwegen und D-Netz bei der Industrie anzuregen;

9. die detaillierten Informationen über die D-Netzzrouten zusammenzuführen;
10. die Grundlagen für eine Ausschreibung mit anschließender Auftragsvergabe für eine Grundlagenuntersuchung „Fahrradtourismus“ zu schaffen.

Berlin, den 21. September 2004

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Dirk Fischer (Hamburg)
Eduard Oswald
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Georg Brunnhuber
Renate Blank
Klaus Brähmig
Gitta Connemann
Hubert Deittert
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Peter Götz
Bernd Heynemann
Klaus Hofbauer
Jürgen Klimke
Norbert Königshofen
Werner Kuhn (Zingst)
Barbara Lanzinger
Eduard Lintner
Laurenz Meyer (Hamm)
Klaus Minkel
Marlene Mortler
Henry Nitzsche
Günter Nooke
Kurt J. Rossmanith
Anita Schäfer (Saalstadt)
Wilhelm Josef Sebastian
Gero Storjohann
Lena Strothmann
Edeltraut Töpfer
Volkmar Uwe Vogel
Gerhard Wächter
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

